

‘Es ist nicht wahr, dass die kürzeste Linie immer die Gerade ist.’
 Lessing

NZZ Online

Montag, 07. Juni 2010, 07:30:44 Uhr, NZZ Online

Nachrichten > International

3. Juni 2010, Neue Zürcher Zeitung

Inhaftierung bringt oft nichts

Den italienischen Gefängnissen droht der Kollaps – Überfüllte Zellen, zu lange Dauer der Prozesse



Gefängnis Rebibbia, Rom.
 (Bild: Reuters)

In Italien wird die Situation in den überfüllten Haftanstalten immer dramatischer. Die Regierung Berlusconi hat grosse Mühe, die Reform des Gefängniswesens voranzubringen.

Romina Spina, Rom

Im Römer Gefängnis von Rebibbia, dem grössten der Region Latium, misst die Zelle Nummer 11 im Männertrakt 21,24 Quadratmeter. Inbegriffen sind dabei 5 Quadratmeter für die Toilette. Wie in den meisten Haftanstalten im übrigen Italien ist eine Gefängniszelle dieser Dimension für zwei oder maximal drei Insassen vorgesehen. Zwischen Dezember 2002 und April 2003 musste jedoch Izet Sulejmanovic, ein bosnischer Strafgefangener, Zelle Nummer 11 in Rebibbia mit weiteren fünf Häftlingen teilen. Dabei hatte jeder Mann lediglich 2,7 Quadratmeter Platz zur Verfügung. Sulejmanovic reichte deswegen eine Klage wegen «unmenschlicher und entwürdigender Behandlung» beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg ein. Im letzten Juli fiel der Entscheid: Italien musste dem 37-jährigen Bosnier 1000 Euro Entschädigung zahlen. Die Summe war zwar rein symbolisch, seither haben aber viele Häftlinge dieselbe Beschwerde in Strassburg deponiert.

«Toleranzgrenze» erreicht

In den italienischen Gefängnissen ist Platzmangel ein seit zwei Jahrzehnten anhaltendes Problem. «Wir wissen gar nicht mehr, wo und wie wir Plätze freischaufeln sollen. Diese Frage beschäftigt uns jeden Tag, mehrmals am Tag», erklärt der Gefängnisdirektor Cantone in Rebibbia. In der 1972 eröffneten Strafanstalt im Nordosten Roms befinden sich gegenwärtig rund 1730 Insassen, fast 600 Personen zu viel. In anderen Haftanstalten, wie in San Vittore in Mailand oder in Neapels Poggioreale, sind die Zahlen noch höher. Zurzeit sind im ganzen Land rund 67 500 Personen in Haft, die Gefängnisse sind jedoch für höchstens 44 200 Insassen konzipiert worden. Ende März wurde selbst die sogenannte Toleranzgrenze von 66 900 Strafgefangenen überschritten.

Die Überbelegung in den 207 Gefängnissen der Halbinsel hat verschiedene Ursachen. Ein wichtiger Grund, weshalb die Zahl der Insassen kontinuierlich steigt, ist die Ineffizienz des italienischen Justizapparates, im Besonderen die lange Dauer der Prozesse. Es mag daher kaum überraschen, dass in Italien fast die Hälfte der Gefängnisinsassen nicht eine Strafe absitzen, sondern erst auf ein Gerichtsurteil warten muss. In 30 Prozent dieser Fälle endet der Prozess mit einem Freispruch.

Zum anderen kommt es bei Verurteilungen für leichtere Verbrechen oft zu Haftstrafen, die vermieden werden könnten, vor allem wenn es sich um rückfällige Strafgefangene handelt. Laut dem Rebibbia-Direktor Cantone wird in solchen Fällen die Haftstrafe als bevorzugtes Mittel eingesetzt, weil es in Italien im Vergleich zu anderen europäischen Staaten am Willen fehle, Alternativmassnahmen anzuwenden. Noch vor vier Jahren wurden in über 23 000 Fällen Alternativen zur herkömmlichen Gefängnisstrafe angewendet, gegenwärtig profitieren jedoch nur 8000 Personen davon.

In den vergangenen Jahren wurden auf legislativer Ebene mehrmals Versuche unternommen, die Zahl der Gefängnisinsassen zu reduzieren. Im Zuge eines 2006 unter dem damaligen Ministerpräsidenten Prodi eingeführten Straferlasses wurden 25

000 Inhaftierte freigelassen. Es kam zwar zu einer Zunahme von Delikten, wobei jeder Fünfte der auf freien Fuss gesetzten Häftlinge rückfällig wurde. Da in Italien rückfällige Strafgefangene jedoch die Mehrheit der Inhaftierten sind, scheint die Auswirkung des Straferlasses auf die steigende Zahl der Häftlinge eher gering zu sein. Vielmehr werden bei Diskussionen über Italiens überfüllte Haftanstalten drei Gesetze der vergangenen Mitte-Rechts-Regierungen von Silvio Berlusconi an den Pranger gestellt. Die kritisierten Vorschriften betreffen das Immigrationsrecht, Drogendelikte und rückfällige Strafgefangene und haben zu einem markanten Anstieg der Zahl der Gefängnisinsassen geführt. Seit der Verabschiedung des Gesetzes «Bossi-Fini» werden beispielsweise Immigranten ins Gefängnis gesteckt, wenn sie von der Polizei nach einem Landesverweis in Italien aufgegriffen werden. Im Normalfall bleiben sie zwar nicht lange in Haft, in überfüllten Anstalten werden aber die verschiedenen Abläufe, die mit einer Neuaufnahme verbunden sind, zu einer zusätzlichen Belastung für die Insassen und für die Beamten.

Das Gesetz «Fini-Giovanardi», welches weiche und harte Drogen gleichstellt, brachte statt Dealer vor allem Konsumenten ins Gefängnis. Ursprünglich hätten Drogenabhängige durch dieses Gesetz besser geschützt werden sollen. Stattdessen sei es in der Praxis schwieriger geworden, die vorgesehene therapeutische Hilfe zu beanspruchen, nicht zuletzt weil es an den nötigen Geldern fehle, erklärt Alessio Scandurra von der Menschenrechtsgruppe Antigone. Heroinsüchtige leiden zusätzlich unter den Folgen des Gesetzes «Ex-Cirielli». Dieses verschärft die Sanktionen für rückfällige Straftäter, die oftmals drogenabhängig sind und bei Bagatelldelikten erwischt werden. Seit dem Inkrafttreten von «Ex-Cirielli» landen sie für längere Zeit hinter Gittern und erhalten auch keine Strafmilderungen mehr.

Misstände im Alltag

In überfüllten Gefängnissen sind die Lebensbedingungen nahezu unerträglich. Wegen der starken Überbelegung steigt das Risiko von Konflikten innerhalb der Zellen, vor allem dann, wenn Personen verschiedener Herkunft und Kultur gezwungen sind, wie in Rebibbia bis zu 18 Stunden pro Tag dicht nebeneinander zu leben. Deswegen traten neulich im mittellitalienischen Sulmona 200 Inhaftierte in den Hungerstreik, in Piemont kam es zu schweren Ausschreitungen zwischen Häftlingen und Gefängniswärtern. Solche Situationen wiederholen sich in Dutzenden von Haftanstalten im ganzen Land. Neben den gewalttätigen Auseinandersetzungen leiden die Strafgefangenen auch unter den hygienischen Bedingungen, da bei so vielen Inhaftierten die Mindeststandards nicht garantiert werden können. In Rebibbia klagten die Häftlinge beispielsweise oft darüber, dass das heisse Wasser nicht für alle ausreicht, erzählt eine junge Sozialarbeiterin. In überfüllten Gefängnissen steigt zudem die Gefahr, sich mit Krankheiten anzustecken. Weil 80 Prozent der Haftanstalten der Halbinsel über hundert Jahre alt sind, ist ein solches Risiko für die dortigen Insassen höher. Die prekäre Lage dürfte sich in den Sommermonaten verschlimmern.

Viele Inhaftierte kommen in solch grosse Not, dass sie sich Verletzungen zufügen oder versuchen, sich das Leben zu nehmen. Im vergangenen Jahr begingen 72 Strafgefangene Selbstmord. Vor einigen Tagen stieg die diesjährige Bilanz auf 26, als sich in Syrakus ein Mann in seiner Zelle erhängte. Es kommt aber auch immer wieder vor, dass die Gefängniswärter rechtzeitig einschreiten können und einen Suizid verhindern.

Italiens Haftanstalten leiden neben der starken Überbelegung auch an einem akuten Personalmangel. In Rebibbia haben die Gewerkschaften der Justizwache kürzlich verschiedene Protestaktionen durchgeführt, um auf ihre Arbeitsbedingungen aufmerksam zu machen. Obwohl jeden Monat trotz Platzmangel zusätzliche Sträflinge eingesperrt werden, fehlen in den italienischen Gefängnissen seit Jahren Hunderte von Polizisten. Nicht einmal Kollegen, die in den Ruhestand träten, würden ersetzt, erzählt ein Inspektor in Rebibbia. Die Polizisten arbeiten lange Schichten und müssen immer mehr Aufgaben übernehmen, die nicht zu ihren Pflichten zählen, um den täglichen Betrieb der Anstalt zu gewährleisten. Wenn es zu Engpässen kommt, sind auch die Insassen betroffen, weil die erforderlichen Sicherheitskontrollen bei so vielen Häftlingen nicht durchgeführt werden können. Dies bedeutet, dass an solchen Tagen die bereits spärlichen Aktivitäten teilweise oder ganz gestrichen werden müssen. Weiter erzählt der Inspektor in Rebibbia, dass es für Gefängniswärter bei einer Überbelegung schwieriger sei, auf kritische Situationen wie Auseinandersetzungen oder Selbstmordversuche zu reagieren.

Der Personalmangel ist ausserdem eine indirekte Ursache der chronischen Überbelegung in den Gefängnissen. Einige Haftanstalten der Halbinsel stehen halb leer, weil dort die nötigen Polizisten fehlen, um die verschiedenen Sektionen zu betreuen. «Es ist eine Schande, dass wir hier aus allen Nähten platzen und gleich um die Ecke die Zellen leer sind, weil niemand vor Ort sein kann», so beklagt sich der Gewerkschafter Francesco Farina in Rebibbia.

Polizisten bilden jedoch nur eine Berufskategorie, die unterbesetzt ist. Wie im Rest des Landes fehlt es auch in Rebibbia an Erziehern, Psychologen und Psychiatern, obwohl laut der italienischen Verfassung das Gefängnis die Erziehung und die gesellschaftliche Wiedereingliederung des Verurteilten garantieren muss. Trotz dieser wichtigen Aufgabe zählt das Römer Gefängnis gerade einmal 17 Erzieher für 1700 Insassen. Der landesweite Vergleich zeigt, dass sich im Durchschnitt ein Erzieher um rund 80 Inhaftierte kümmern muss. Selbst wenn die Anstalten nicht überfüllt wären, müssten sich die Strafgefangenen auf eine grössere Anzahl von Erziehern stützen können. In Rebibbia erklärt Cantone, dass es nun – fast ein Jahrzehnt nach den ersten Ausschreibungen – Neueinstellungen geben könnte.

Mehr Haftanstalten bauen?

Die kritische Lage in den italienischen Gefängnissen hat die Mitte-Rechts-Regierung im vergangenen Januar dazu bewogen, den Notstand auszurufen. Damals legte Justizminister Alfano einen neuen Plan für das Gefängniswesen vor. Gemäss diesem sollen 500 Millionen Euro für den Bau neuer Haftanstalten investiert werden. Die Regierung hat vorgerechnet, dass bis 2012 Platz für 80 000 Häftlinge vorhanden sein wird. Derzeit wird auch ein Projekt geprüft, wonach Gefängnisse auf dem Wasser gebaut werden sollen. Auf einer solchen «schwimmenden Plattform», welche 90 Millionen Euro kosten würde, könnten 640 Strafgefangene in 320 Zellen untergebracht werden. Alfano ist sich zudem bewusst, dass neben Modernisierungen und Neubauten in den Gefängnissen dringend zusätzliches Polizeipersonal eingestellt werden muss. Bis Ende Jahr sollen 2000 Stellen besetzt werden. Auch hat die Regierung signalisiert, dass in den Haftanstalten die fehlenden Erzieher und Psychologen rasch verpflichtet werden müssten. Vor kurzem wurde in der parlamentarischen Justizkommission über die geplanten Reformen des Gefängniswesens diskutiert. Verschiedene Vorschläge, die Zahl der Insassen mittels Massnahmen wie Hausarrest in den letzten 12 Monaten der Strafe zu reduzieren, wurden gestrichen oder nur teilweise gutgeheissen. Selbst innerhalb der Regierungskoalition sind die Parlamentarier gespalten, wobei sich vor allem Exponenten der Lega Nord gegen Lösungsvorschläge wehren, welche eine Strafmilderung vorsehen.

Ob die von der Regierung geplanten Massnahmen genügen werden, bleibt ungewiss. Einerseits habe Justizminister Alfano immerhin einen Schritt vorwärts gemacht und den Notstand ausgerufen, sagt Scandurra von Antigone. Wenn aber vom vorgelegten Plan weiterhin immer wieder Teile weggelassen würden, bleibe am Schluss nichts mehr übrig. In Rebibbia fragt sich der Direktor Cantone, wie das Departement neue Gefängnisse bewirtschaften will, wenn sich im Moment nicht einmal die bereits vorhandenen Anstalten verwalten lassen. Laut dem gebürtigen Sizilianer müsste das Geld investiert werden, um die existierenden Anstalten zu verbessern und das nötige Personal einzustellen. Auf Neubauten zu setzen, statt die Anzahl der Personen, die im Gefängnis landen, verringern zu wollen, sei eine fragwürdige Strategie.

Der Direktor spricht sich stattdessen für eine grundlegendere Reform des Gefängniswesens aus. Da die meisten Straftäter aus einem sozial benachteiligten Milieu stammen, bringe eine Inhaftierung oft nur eine Verschlechterung ihrer bereits schwierigen Lage. Bei kürzeren Strafen bis zu einem Jahr sähen viele Häftlinge ihren Aufenthalt im Gefängnis als Übergangszeit, danach kehrten sie zu ihren Aktivitäten zurück bis zur nächsten Festnahme. Laut Cantone müsste gerade in solchen Fällen eine Alternative zur Haft angewendet werden. Auch zahlreiche Organisationen, die sich in Italien für die Rechte der Strafgefangenen einsetzen, fordern seit Jahren einen Ausbau der alternativen Massnahmen.

Der Plan der Regierung sei zum Scheitern verurteilt, schreibt der Ombudsmann für die Rechte der Strafgefangenen in Latium, Angiolo Marroni, in einem Zeitungsartikel. Was es dringend brauche, sei vielmehr eine komplette Überarbeitung des Strafwesens. «Wenn ein Obdachloser für drei Monate ins Gefängnis muss, weil er im Supermarkt ein Stück Brot geklaut hat, heisst das, dass das Justizsystem nicht funktioniert.»

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/international/inhaftierung_bringt_of_t_nichts_1.5864886.html

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.
